

# 9½. ST. PETERSBURG INTERNATIONAL LEGAL FORUM

Rechtsanwältin Dr. Veronika Horrer, LL.M., BRAK, Berlin

Das St. Petersburger International Legal Forum (ILF) ist eine gemeinsame Initiative des russischen Justizministeriums, des Obersten Gerichtes der Russischen Föderation und des Hermitage-Museums. Das Forum wurde 2011 als eine Art „Legal Davos“ ins Leben gerufen, um die Vertreter aller Rechtsberufe und Justizministerien sowie Vertreter der Rechtswissenschaften weltweit zu einem Dialog über aktuelle justiz- und rechtspolitischen Themen zusammenzubringen. Am ILF nehmen jährlich ca. 4.000 Teilnehmer aus über 80 Ländern von allen Kontinenten teil. Die BRAK leistet seit Bestehen des ILF an der Seite ihrer langjährigen Partnerin, der Föderalen Rechtsanwaltskammer der Russischen Föderation (FRAK), ihren Beitrag zu den wichtigen berufspolitischen Debatten, die im Rahmen des ILF stattfinden.

## DAS 9½. FORUM

Das zehnjährige Jubiläum des ILF in diesem Jahr wurde wegen der Corona-Pandemie auf 2021 verschoben. Stattdessen haben sich die Initiatoren dazu entschlossen, ein 9½. Forum im Online-Format auszurichten, um die verschiedenen rechtlichen Fragen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstanden sind, zu beleuchten. So wurde vom 10.-12.04.2020 beim ILF u.a. thematisiert, wie es mit der Gesetzgebung, mit der Wahrung der Menschenrechte, mit der Juristenausbildung und der rechtlichen und ethischen Verantwortlichkeit der Massenmedien während der Corona-Pandemie aussieht.

## DIE SITUATION DER ANWALTSCHAFTEN

Die Anwaltschaft war am ILF mit einer Diskussion zum Thema „Pandemie und Anwaltschaft – wer gewinnt?“ beteiligt, die von 7.900 Personen online verfolgt wurde. In seinem Vortrag zur Lage der Anwaltschaft in Russland berichtete Prof. Dr. Yury Pilipenko, Präsident der FRAK, über einen Einbruch der Umsatzzahlen in der Anwaltschaft und über die wachsende Angst der Kollegen, die Pandemie wirtschaftlich nicht zu überstehen. Der russische Staat leistete keine finanzielle Unterstützung an die Anwälte.

Marie Bonon, Vertreterin des französischen Conseil national des Barreaux, berichtete, dass die gegenwärtige Lage der französischen Kollegen be-

sonders prekär sei. Während der drei Monate vor dem Corona-Ausbruch hatten sie bereits weniger Einkünfte, weil sie gegen die Pläne der Regierung, die anwaltlichen Versorgungswerke aufzulösen, gestreikt hatten. Die Gerichte in Frankreich haben ihre Arbeit fast vollständig eingestellt und die Anwaltschaft rechnet mit einem großen Rückstau der Verfahren nach Ende der Pandemie.

In ihrem Vortrag zur Lage in Deutschland mahnte Dr. Sigrid Wienhues, Vorsitzende des BRAK-Ausschusses Verwaltungsrecht, dass die Anwaltschaften derzeit besonders wachsam die Entwicklungen beobachten und sicherstellen müssten, dass ihren Mandanten der Zugang zum Recht nicht abgeschnitten wird. Die Anwaltschaft könne akzeptieren, dass derzeit einige Verfahren verschoben werden. Sie könne es aber nicht akzeptieren, wenn die gesamte Gerichtsbarkeit dicht macht. Insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit, die über die Maßnahmen des Staates wacht, muss handlungsfähig bleiben. Es sei die Aufgabe der Anwaltschaft, dass der Rechtsstaat in Zeiten der Pandemie aufrechterhalten bleibt.

Der Präsident der Law Society of England and Wales, Simon Davis, berichtete darüber, dass in Großbritannien die Krise die Strafverteidiger hart getroffen hat, denn sie sind besonders auf die Zahlung von Pflichtverteidigergebühren angewiesen, die wegen der Krise nur langsam vom Staat geleistet werden. Er merkte an, dass die Krise zur Beschleunigung der Digitalisierung der Arbeit der Anwälte und zum plötzlichen Wegfall der Bürokratie bei vielen Abläufen im Staat geführt hat. Er äußerte die Hoffnung, dass diese Neuerungen dauerhaft bleiben werden.

## DAS ERGEBNIS DER DISKUSSION

Als Ergebnis der Diskussion stand, dass die Anwaltschaften vor den gleichen Problemen in ihren jeweiligen Ländern stehen. Sie verfolgen ihre Aufgabe, den Rechtsstaat in der Krise aufrechtzuerhalten, mit gleicher Vehemenz.

